



metall

Nachrichten

1

für Niedersachsen

März 1988

Strukturkrise in Niedersachsen:

Nach fast zwölf Jahren Amtszeit Ernst Albrechts steht Niedersachsen vor einem Scherbenhaufen: Das Land ist pleite, ganze Regionen liegen darnieder oder brechen ein. Den Kommunen steht das Wasser bis zum Hals. 365 784 registrierte Arbeitslose meldet die Statistik für den Februar 1988 in Niedersachsen, 12,9 Prozent. Doch das Zahlenwerk täuscht. Zählt man die 67 881 Menschen hinzu, die in Fördermaßnahmen und ABM-Stellen versteckt sind, sowie weitere 150 000 aus der „stillen Reserve“ sind 583 665 Menschen im zweitgrößten Flächenland der Bundesrepublik ohne Arbeit und Perspektive. Wirksame Rezepte oder Programme gegen die Strukturkrise gibt es nicht. „Die Konzeptlosigkeit der Regierung Albrecht,“ kritisiert die hannoversche Bezirksleitung der IG Metall, „hat gemeingefährliche Ausmaße angenommen.“

Land unter

und was wir tun müssen (Seite 4)

Und es wird noch schlimmer

Schon vor zwei Jahren hat das Institut für angewandte Systemforschung und Prognose in Hannover (dem Albrechts ehemaliger Wissenschaftsminister Pestel vorsteht) vorausgesagt, daß ohne Korrektur der bisherigen Wirtschaftspolitik die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen bis 1990 um wei-

tere 25 Prozent auf die Rekordmarke von 15,5 Prozent (nach offizieller Statistik) steigen wird. Das Gutachten hielt Albrecht unter Verschuß.

Ein Journalist, der die Zahlen veröffentlichte, wurde an den Pranger gestellt: Er arbeite als „Helfershelfer der Opposition“.

Wir mischen uns ein

Die IG Metall wird sich in Zukunft regelmäßig zu Wort melden. Dieses erste Flugblatt ist der Beginn. Wir mischen uns ein angesichts der katastrophalen Probleme des Landes. Und wir werden Alternativen aufzeigen und Vorschläge machen.

Die Regierungen lassen die Dinge treiben

Die Regionen brechen ein

In keinem anderen Flächenland ist die Arbeitslosigkeit so gestiegen wie in Niedersachsen: 1976 waren 136 000 Menschen im Land arbeitslos (5,4 Prozent). Heute, zwölf Jahre später, sind es offiziell 365 784 (12,9 Prozent) – in Wirklichkeit über 580 000.

Obwohl viele Pendler den Arbeitsmarkt gewaltig entlasten – 60 000 Niedersachsen fahren zur Arbeit nach Hamburg, 88 000 nach Bremen – droht ganzen Regionen wirtschaftlich und sozial das „Aus“.

Nicht nur in Ostfriesland, wo die 30-Prozent-Marke seit Jahren überschritten ist. Auch das Emsland, die Küste, das Zonenrandgebiet, der Harz und das Weserbergland melden „Land unter“. Das wirtschaftliche Herz des Landes, die Region Hannover-Braunschweig-Salzgitter, bleibt nicht verschont.

Mit der „stillen Reserve“, im Albrecht-Land etwa 150 000,

leben über eine halbe Million Menschen zwischen Harz und Heide am Rande der Existenz. Der dramatische Anstieg auf über 400 000 Sozialhilfeempfänger zehrt die Kommunen finanziell aus.

Ihnen steht das Wasser bis zum Hals. Und jetzt auch noch die vielgepriesene Steuerreform: Hier gehen dem Land ab 1990 1,4 Milliarden Mark verloren.

Doch es kommt noch schlimmer: die Konjunktur kippt, die Staatsschulden galoppieren. Was auf der einen Seite als Steuersenkung für Besser-

Geistesblitz

„Es ist billiger und volkswirtschaftlich vernünftiger, sinnvolle Arbeit zu schaffen, als Arbeitslosengeld zu bezahlen.“

Heinrich Franke, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, im Januar 1988

IG Metall-Bezirksleiter Jürgen Peters:

Klotzen statt Kleckern

In einem Wirtschaftssystem, dessen Produktionsmittel sich in privater Hand befinden, sind die Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften auf die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen gering.

Und gerade darum geht es: Gegen Arbeitslosigkeit muß endlich gehandelt werden. Wir brauchen Ersatzarbeitsplätze und neue Beschäftigung.

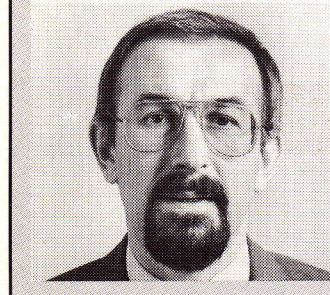
Gegen die Beschäftigungskatastrophe haben wir sinnvolle Ideen, wie die 37-Stunden-Woche, in die Praxis umgesetzt. Doch das genügt nicht. Weil die Politik versagt, haben IG Metall und DGB Beschäftigungs-

programme entwickelt, die Arbeitsplätze schaffen. Umsetzen aber können das nur die Regierungen – wenn die Unternehmer schon nichts tun.

Die IG Metall hat Vorschläge gemacht, wie durch Beschäftigungsgesellschaften der Strukturwandel im Stahl und bei den Werften bewältigt werden kann. Umsetzen aber können das nur die Unternehmen, der Bund, die Länder.

Das heißt: Wenn unsere Vorstellungen von arbeitnehmerorientiertem Strukturwandel und Ersatzarbeitsplätzen praktische Bedeutung erlangen sollen, müssen wir die Politiker zum Handeln bewegen.

Es mangelt nicht an Ideen, es mangelt an Impulsen. Jetzt muß geklotzt und nicht gekleckert werden. Das geht nicht durch gutes Zureden. Das geht nur durch Druck. Wir müssen überall selbst Alternativen und Ziele vorgeben, für deren Durchsetzung es sich lohnt, Druck zu machen.



verdienende geplant ist, geht auf der anderen Seite einher mit angekündigten höheren Steuern auf Tabak, Schnaps und Spirit. Medikamente, Brillen, Gebiß – alles wird teurer, das Telefon auch.

Während es im Lande lichterloh brennt, lassen Bundeskanzler Kohl, Finanzminister Stoltenberg und Ministerpräsident Albrecht die Dinge treiben. Sie setzen auf das „Spiel der freien Kräfte“.

Statt die staatliche Investitionsquote, die in Niedersachsen von 18 Prozent im Jahre 1978 auf unter 13 Prozent gefallen ist, erheblich zu erhöhen, soll sie bis 1989 weiter auf 11,7 Prozent fallen.

Ernst Albrecht spricht dagegen immer noch vom „Aufsteigerland“: „Uns geht es gut. So soll es bleiben.“ Und auch mal über die Arbeitslosen: „Für viele Arbeitslose sind es ganz angenehme Ferien, jedenfalls kein Weltuntergang.“

Die drohende Rezession wird die Nöte der strukturschwachen Gebiete noch verschärfen. Auch die Automobilindustrie geht auf Talfahrt. Das Essener Prognose Institut Marketing Systems sagt einen Rückgang für 1988 um 4,4 Prozent voraus.

Wenn es bei VW rummst, dann knallt es nicht nur in den Standorten, dann knallt es in der gesamten Wirtschaft.

Öffentliche Gelder ohne öffentliche Kontrolle? Förderung ist ein Fiasko

Die staatliche Wirtschaftsförderung in Niedersachsen ist in besonderem Maße ineffizient und erfolglos. Zu diesem arlarmierenden Ergebnis kommt der Wirtschaftswissenschaftler Dr. Gerhard Becher von der Universität Braunschweig in einer bisher beispiellosen Studie über die Wirtschaftsstruktur und -förderung in unserem Land.

Laut Becher würden direkte Finanzhilfen an wenige Großunternehmen gegeben – die sich dann häufig noch als Flop erweisen. So hat der Stahlindustrielle Willy Korff 170 Millionen kassiert. Für Nordferro in Emden. Das Unternehmen ist im Konkurs, die Arbeitsplätze sind weg. Dem Rheinmetall-Konzern der Familie Röchling wurden für eine Waffenschmiede in der Heide bei Unterlüß 100 Millionen bewilligt. Effekt: 46 Arbeitsplätze für Spezialisten von anderswo.

Obwohl es dabei um Millionen-Beträge geht, werden Subventionen ohne Auflagen und ohne Erfolgskontrolle vergeben, kritisiert Becher. Das Fiasko der Förderung in Niedersachsen veranschaulicht der Wissenschaftler am Beispiel eines der wichtigsten Förderinstrumente, der Gemeinschaftsaufgabe (GA) zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“.

Und da hat Niedersachsen von 1972 bis 1983 mit Abstand von allen Bundesländern aus Bonn die meisten GA-Mittel erhalten. 1983 62,27 Millionen Mark.

Obwohl Bayern „nur“ 22,67 Millionen bekam, wurden die Mittel anders genutzt. Das Geld wurde mehr auf kleine und mittlere Unternehmen gestreut. Effekt: 12 665 zusätzliche Arbeitsplätze wurden geschaffen und 32 196 gesichert.

Dagegen wurden in Niedersachsen nur 7 757 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und nur 16 747 gesichert. Typisch: Von 1981 bis 1983 stiegen in Niedersachsen die Zuschüsse an die Wirtschaft um 76 Prozent, während die Zahl der damit neu geschaffenen Arbeitsplätze zugleich um 68 Prozent sank.

Uns geht es aber darum: öffentliche Hilfen sind an Beschäftigungsaufgaben zu binden. Und zu kontrollieren!

Propaganda

„Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen hat Vorrang vor allen anderen Überlegungen.“

Ernst Albrecht in seiner Regierungserklärung am 26. Februar 1976



Der Harz stirbt: 13,2 Prozent Arbeitslose in Goslar, 15,5 in Bad Harzburg, 15,6 in Osterode. Jetzt will die Preussag knapp 2 000 Arbeitsplätze abbauen (indirekt: 4 000). In Bad Harzburg sind 60 Prozent der Betriebe mit der Preussag verknüpft, in Goslar 10 Prozent aller Arbeitsplätze. Bad Grund verliert 54 Prozent der vorhandenen Arbeitsplätze. 35,7 Millionen Mark Steuergeld erhielt die Preussag, um den Standort „modellhaft“ umzugestalten.

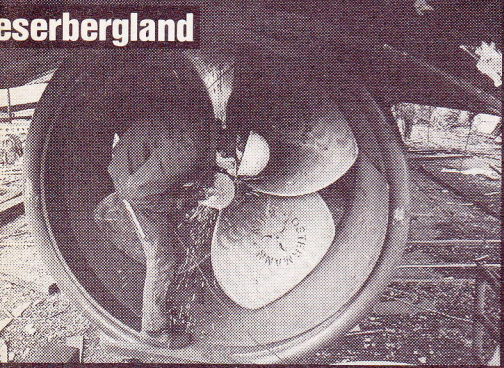
Schon früh haben IG Metall und Betriebsräte ein Konzept für einen „Entsorgungspark Harz“ vorgelegt, das den Ausbau und die Modernisierung der Zinkhütte, den Ausbau von Recyclingverfahren und den Einstieg in die Abfallwirtschaft sowie die Entwicklung von Umweltschutztechnologien umfaßt. Ein Konzept, das vom Umweltbundesamt unterstützt wird. Reaktion der Landesregierung: Null.



Peine/Salzgitter

Stahlstädte im Wandel? 16,3 Prozent Arbeitslose in Salzgitter, 13,6 in Peine. Über 5 000 Arbeitsplätze sind bei den bundeseigenen Stahlwerken P+S in den letzten vier Jahren vernichtet worden. Und der Abbau geht kräftig weiter. 3 000 neue Arbeitsplätze versprach der Bosch-Konzern, kassierte dafür 50 Millionen Steuergeld. Jetzt soll das Blaupunkt-Werk in Salzgitter Zug um Zug geschlossen werden.

In Peine hat der DGB Vorschläge für Investitionen und Ersatzarbeitsplätze erarbeitet, ein Gutachten anfertigen lassen. In Salzgitter soll auf Drängen der IG Metall ein Qualifizierungsverbund entstehen. Am 15. Juni 1987 haben 9 000 Stahlwerker und VW-Arbeiter vom P+S-Vorstand Ersatzarbeitsplätze eingefordert. Die Landesregierung wurde aufgefordert, ein Konzept zu erstellen. Reaktion: Null.



Weserbergland

Katastrophe absehbar: 15,1 Prozent Arbeitslose in Hameln, 17,4 Prozent in Holzminden. Die Weserwerften haben alle dichtgemacht – bis auf die Arminiuswerft in Bodenwerder, die modernste deutsche Binnenwerft mit noch 160 Arbeitsplätzen. Auch sie soll geschlossen werden. Durch die Schließung eines Holzwerkes und die Abwanderung von Rigips verliert Bodenwerder 700 Arbeitsplätze. Arbeitslosenzahlen von über 30 Prozent sind dann Realität.

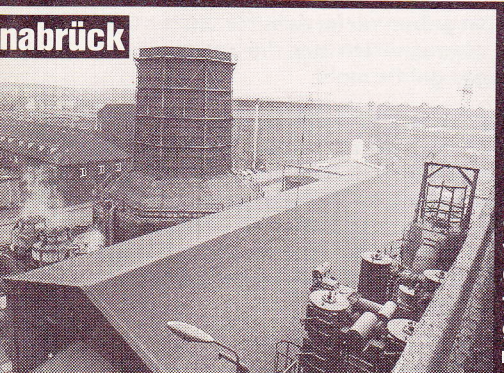
Bonn unterstützt zwar Seeschiffswerften doch die Binnenwerften gehen leer aus. Es gibt kein Konzept für die Werften. Der DGB und die Evangelische Kirche haben Experten eingeladen, Vorschläge gemacht. Beim Arbeitsamt läuft ein Qualifizierungsprogramm für zehn Werftarbeiter – zuwenig! Ersatzarbeitsplätze sind notwendig. Reaktion der Landesregierung: Null.



Braunschweig

Abbau wie in Liverpool: 13,3 Prozent Arbeitslose in Braunschweig. Allein die Stadt hat in den letzten zehn Jahren über 10 000 Arbeitsplätze nur im Metallbereich verloren. Braunschweig sei stärker betroffen als Städte wie Glasgow oder Liverpool, schreibt Wirtschaftswissenschaftler Becher von der TU Braunschweig. Der Raum Südost-Niedersachsen, prognostiziert Becher, wird bis 1995 weitere 34 000 Arbeitsplätze verlieren.

Die IG Metall hat im letzten Jahr ein politisches Forum eingerichtet, wo Experten regelmäßig über die Wirtschafts- und Strukturpolitik diskutieren. Der Elektroriese Siemens will seinen Standort um weitere 1 000 Arbeitsplätze auf 2 000 reduzieren (früher mal 6 700), obwohl der Konzern Millionen staatliche Gelder kassiert. Reaktion der Landesregierung: Null.



Osnabrück

Als Stahlstandort tot? 14,0 Prozent Arbeitslose in Osnabrück. Tausende von Arbeitsplätzen sind bisher bei den Schmiedewerken Krupp-Klöckner (heute 1 100) und dem Klöckner-Werk in Georgsmarienhütte (heute 2 150) vernichtet worden. Beide Hütten sind in größter Gefahr. Bei SKK ist der Abbau von weiteren 600 Stellen geplant, bei der GM-Hütte noch einmal 750. Ein Konzept für eine beschäftigungsorientierte Regionalpolitik gibt es nicht.

Fotos: Novum

Die Verpflichtung der Stahlkonzerne in der „Frankfurter Vereinbarung“ vom 10. Juni 1987, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen, ist bislang nicht eingelöst. Vorschläge für ein „Entwicklungszentrum Osnabrück“ hat der Verein „Arbeit und Wissenschaft“ erarbeitet. Dringend müßten die Industriebranchen saniert werden. Neue Arbeit muß an die Standorte gebracht werden. Reaktion der Landesregierung: Null.



Was wir tun müssen



- Konzepte:** Wir brauchen Beschäftigungsinitiativen in den Regionen und ein gezieltes Beschäftigungsprogramm in Niedersachsen
- Subventionen:** Die Vergeudung von Mitteln muß aufhören. Die öffentlichen Gelder müssen gezielt unter Beschäftigungsaufgaben vergeben und kontrolliert werden.
- Privatisierung:** Ob in öffentlichen Bereichen oder bei VW – der Staat darf sich nicht aus seiner beschäftigungspolitischen Verantwortung stehlen. Die Privatisierungswelle, die das Volk enteignet und nur wenige reich macht, muß gestoppt werden.
- Umverteilung:** Das Modell der Konservativen, die Reichen auf Kosten der Armen noch reicher zu machen, führt zu einer Spaltung der Gesellschaft: Einem Drittel geht's gut, ein Drittel hofft, ein Drittel muß darben.
- Mitbestimmung:** Die Bundesregierung will die Betriebsverfassung ändern. Sie will die betrieblichen Interessenvertretungen schwächen. Wir brauchen bei der Bewältigung der technischen Veränderungen das Gegenteil: Mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten statt weniger.
- Qualifizierung:** In den Betrieben wird – wenn überhaupt – Weiterbildung mit der „linken Hand“ praktiziert. Dieser Mangel rächt sich: Die Unternehmer klagen über Facharbeitermangel und Massenarbeitslosigkeit zugleich. Deshalb: Wir brauchen breit angelegte Qualifizierungsprogramme – in allen Unternehmen.
- Umweltschutz:** Die Grenzen der Belastungen für Natur und Mensch sind längst überschritten. Und einige wollen so weitermachen. Das geht nicht. Die Devise muß sein: Umweltschäden vermeiden. Hier muß etwas getan werden – durch Investitionen, Forschung und Entwicklung.
- Altlasten:** Die Verursacher von Umweltschäden müssen zur Verantwortung gezogen werden. Altlasten müssen angepackt werden: Hier können Hunderttausende neuer Arbeitsplätze entstehen – zum Beispiel durch Recyclinganlagen.

Wer soll das bezahlen?



Ein Arbeitsloser kostet uns 25 000 Mark im Jahr

Fotos: Novum

Massenarbeitslosigkeit: Arbeitslosigkeit gibt's nicht zum Null-Tarif. Arbeitslosigkeit muß bezahlt werden: Bei 3,6 Millionen Arbeitslosen (mit stiller Reserve) ergibt das Gesamtkosten von 84 Milliarden Mark im Jahr – für jeden Arbeitslosen 25 000 Mark. Und es ist allemal billiger, statt Arbeitslosigkeit zu bezahlen, Beschäftigung zu finanzieren. Bei 3,6 Millionen Arbeitslosen geht der Volkswirtschaft allein eine Wertschöpfung von 227 Milliarden Mark jährlich verloren. Eine gigantische Summe!

Rüstung: Über 60 Milliarden geben wir jährlich für „unsere“ Verteidigung aus. Immer kostspieligere tödliche „Spielzeuge“ werden produziert – statt nützlicher Dinge. Die Aufrüstung der Bundeswehr kostet jährlich allein 24 Milliarden Mark.

Überproduktion: 10 Milliarden geben wir im Jahr für die Herstellung von Lebensmitteln aus, die anschließend wieder vernichtet werden. Widersinniger geht's nicht.

Steuerreform: Fast 35 Milliarden will die Bundesregierung 1988 und 1989 durch die Steuerreform ausschütten. Mit den Wohltaten werden die Begüterten überschüttet, die Opfer bringen die kleinen Leute. Die Milliarden werden jedoch an allen Ecken und Kanten fehlen. Damit müßte investiert werden, wo es notwendig ist. Franz Steinkühler: „Wenn der Finanzminister Geld hat, um für eine unnütze Steuerreform 35 Milliarden Mark zu verschenken, dann müssen auch 2 Milliarden da sein, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.“



Ein MRCA Tornado kostet uns 110 Millionen Mark